

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

163 (17.7.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1.50 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonietexte 3.40 M, auswärts 4.—M. Die Restkategorie 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen

#### Parteigenossen!

Aufgrund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September abends 6 Uhr nach Augsburg (Stadtpark) ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes
  - a) Allgemeines, Referent Dr. Adolf Braun;
  - b) Die Internationale, Referent Otto Weis;
  - c) Agitation, Organisation und Klassenbericht; Ref. Fred. Partels.
2. Bericht der Kontrollkommission, Ref. Friedrich Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion; Ref. Hans Vogel.
4. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale Stellung der Frau, Referentin Johanna Reige.
5. Justizreform, Referent Senger-München.
6. Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm, Ref. Prof. Dr. Grotjahn.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewerkstelligen. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 21. August im Besitze der Parteiorganisationen sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschreiben werden.

In allen örtlichen Parteitagangelegenheiten und wegen Einmündungsbescheinigung wenden sich die Delegierten möglichst sofort nach ihrer Wahl, spätestens aber bis zum 30. August an den Vorsitzenden des Hauptlandesverbandes und der Wohnungs-Kommission Adresse: Clemens-Haus, Augsburg, Millerser Kreuz 280. Berlin, den 14. Juli 1922. Der Parteivorstand.

#### Die Fahndung nach den Mördern Rathenaus

Nach einer Meldung der „D. Z. a. M.“ ist die Fahndung nach den flüchtigen Mördern Rathenaus, die sich von Gardelegen bis zum Harz und Anhalt hin erstreckt, auf einem toten Punkt angelangt. Die dazu verwendeten Polizeikräfte sind umgruppiert oder zurückgezogen worden.

Die Morgenblätter veröffentlichten folgende Einzelheiten über die Vorbereitungen zum Tode von Rathenaus: Der Schüler Franz Stubenzahn sprach zuerst von dem Plan, Rathenaus im Reichstag zu erschließen, von dem er aber auf Einwendungen Günthers wieder abkam. Am 16. Juni fand in der Wohnung des Tschow zwischen Günther, Tschow, Fischer und Kern eine Unterredung über den Mordplan statt, die am 20. Juni im Steglitzer Rathaus stattfand. Am Tage darauf führten die Genannten im Kreisbogen Köpenicker nach Nikolai und besaßen sich auf der Maßfahrt im Grunewald mit einer Pistole eine Schießübung. Es gelang ihnen, den Werner Tschow für die Führung des Automobils zu gewinnen.

#### Jouhaug über den Marksturz

Paris, 15. Juli. (WZ.) Der französische sozialistische Führer Jouhaug schreibt zur Zusammenfassungsbewegung der internationalen sozialdemokratischen Parteien zur Unterstützung der deutschen Demokratie: Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands stellt ein neues Problem dar, das eng mit demjenigen der Aufrechterhaltung der Demokratie verknüpft ist. Der Sturz der Mark und die Feuerung, die notwendigerweise daraus hervorgehen wird, können für die Arbeiter Hungernot und mit ihr Verzweiflung im Gefolge haben. Jouhaug verlangt deshalb einen einmütigen Druck der Arbeiterklasse, der die Regierungen nötigen soll, bei der Sanierung der deutschen Finanzen mitzuwirken. Das deutsche Proletariat unterfassen, sagt er weiter, heißt aber nicht zugeben, daß die Regierungen durch gefährliche Maßnahmen die übrigens auch unwirksam sein würden, die Propaganda der Plakhalter des alten Regimes verjären.

#### Der Bürgerkrieg in Irland

22. Dublin, 16. Juli. Amstsch wird gemeldet: Nach der Einnahme von Dublin ist die Stadt jetzt völlig in den Händen der Freischützensarmee. Die Zahl der dabei gemachten Gefangenen beträgt 300. Außerdem wurden dabei Waffen und große Mengen Munition erbeutet. Die Freischützensarmee hatten keine Verluste.

Nach einer späteren Meldung haben sich die Republikaner auf das Volkswort einer kleinen Insel in der Swillichucht zurückgezogen. Die Besatzung des Volksworts, die nur noch aus 22 Mann bestand, während der Rest entflohen konnte, wurde gefangen genommen. Es war dies die letzte Stellung der Republikaner.

G. Sch. Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags ist einmal inmitten der gegenwärtigen innerpolitischen Krise ein ungemein bedeutsames Ereignis; sie kann aber auch für die gesamte innerpolitische Entwicklung Deutschlands von größter Bedeutung werden, und sie wird, bei naturgemäßer Fortentwicklung für die deutsche Arbeiterbewegung, von entscheidendem Einfluß sein, sofern Pflicht, Aufgabe und Ziel die Leitsterne bei der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit sind. Daß so plötzlich ein Ereignis eingetreten ist, das bei der Nachricht von der Ermordung Rathenaus blitzähnlich als Gedanke auftauchte, das ist, offen gestanden, nicht zuletzt dem Zentrum und den Demokraten zu danken. Sie haben sich als die Kraft erwiesen, die, wider Willen, das Gute geschafft hat. Man braucht sich nur den Vorgang der Dinge seit dem tragischen 24. Juni in Erinnerung zu rufen.

Die Ermordung Rathenaus zeigte in unerbittlicher Schärfe und Klarheit die Notwendigkeit, den Kampf um die Existenz der Republik in die Hände der Republikaner zu übertragen, sollte nicht die Republik und mit ihr das Deutsche Reich rettungslos im Chaos versinken. Auch die Reden der Führer sowohl des Zentrums wie der Demokraten waren auf den Kampf gerichtet. Aber — schon nach wenigen Tagen übte der Mut, der am Sarge Rathenaus so hoch in der Brust gebohrt war, nicht mehr die Spannkraft der letzten Tage aus. Man fing an, „staatsmännisch“ zu bedenken. Es war aber doch klar, daß energische gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen waren, zu deren Beschlußfassung eine sichere republikanische Mehrheit notwendig war, die zweckmäßigerweise in erster Linie nach links gesucht werden mußte und gefunden werden konnte. Und nicht weniger war klar, daß einer solchen gesetzgeberischen Aktion auch eine entsprechende Umgestaltung der Regierung vernünftigerweise folgen sollte. Die Sozialdemokratie hat deshalb entschlossen und offen die gebotenen Schritte unternommen, indem sie an die Unabhängigen die Frage richtete, ob sie bereit sind, in die Regierung einzutreten. Seit den Wahlen im Jahre 1920 hat die Sozialdemokratie zum drittenmale diese Frage an die Unabhängigen gerichtet. Das zweite Mal wurde eine ganz scharfe Abfrage erteilt, das dritte Mal eine weniger scharfe und erst jetzt erkannten die Unabhängigen das wirkliche Gebot der Stunde. Die Koalitionsparteien sind also nicht, wie sie behaupten, durch die Frage unserer Partei an die Unabhängigen überfordert worden, sie konnten und sie mußten sogar als politisch informierte Menschen wissen, daß die Verwirklichung des republikanischen Loses genau dem konsequentesten Verhalten der Sozialdemokratie entbehrt.

Nicht nach der Frage an die Unabhängigen und deren Bereitwilligkeit, bekommen es die Bürgerlichen gar fertig mit der Angst vor dem sozialistischen Einfluß zu tun. Zentrum und Demokraten richteten an die Volkspartei die gleiche Frage, wie wir an die Unabhängigen und behaupten nun, ohne gleichzeitige Ausdehnung nach rechts, sei für sie eine Erweiterung der Koalition nach links nicht denkbar. Auch die Volksparteiler haben die an sie gerichtete Frage mit Ja beantwortet. Die Presse der drei genannten bürgerlichen Parteien soll nun Stimmungen machen für den Eintritt der Volkspartei. — Und das geschieht mit einem — wir bitten um Verzeihung — geradezu blödsinnigen Argument (siehe auch „Völkische Presse“), daß nach dem Zutritt der Unabhängigen den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien mit ihren 113 Mandaten 180 Sozialisten in der Koalition entgegenstehen würden, die Sozialisten also das Übergewicht in der Koalition hätten. Na, zum Teufel nochmal, wollen denn Zentrum und Demokraten die Republik nur dann schenken, nur dann mit Sozialisten Koalitionspolitik treiben, wenn die Sozialisten in der Minderheit sind? Wenn, angenommen, bei der Bildung der Koalition bereits die zusammen 180 Sozialisten vereint würden oder schon eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hätten, würden dann Zentrum und Demokraten auf die Koalition verzichtet haben? Die famosen Einwände der Bürgerlichen heißen doch letzten Endes nichts anderes, als daß sie den Schutz der Republik nur dann wollen, wenn er durch eine bürgerliche Mehrheit zustande kommen kann. Das läuft auf eine Demaskierung der Bürgerlichen hinaus, die zwar für uns nicht überflüssig, für alle ernsten Republikaner jedoch sehr interessant ist.

Nicht minder interessant ist, daß unter der Führung des Zentrumsmannes Stegerwald der Versuch gemacht wird, gegen die sozialistische Arbeitsgemeinschaft eine solche des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zustande zu bringen. Damit wäre der Tätigkeit und der Lebensdauer dieses Reichstags ein neues Ziel gesetzt, die Republik müßte die Kosten bezahlen. In jedem Falle sind innerpolitische Vorgänge in Vorbereitung und tauchen Probleme auf, die die besonders scharfe Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse erfordern. Die Angst des Zentrums und der Demo-

kraten vor ihrer eigenen republikanischen Courage ist un-

gemein charakteristisch. Wie die Dinge am Samstag und Sonntag in Berlin bei den Beratungen der Parteien und der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten und dem Reichsfinanzminister sich entwickelt haben, ist zur Stunde, wo diese Betrachtung geschrieben werden muß, nicht bekannt. Wir sehen aber jeder Gemutlichkeit ruhig und entschlossen entgegen.

Die Arbeitsgemeinschaft kann die organisatorische Einigkeit der deutschen Sozialisten bringen; sie wäre natürlich zu begrüßen. Derzeit aber bleibt die organisatorische Trennung noch bestehen, wie u. E., falls etwa eine Auflösung des Reichstags jetzt erfolgen sollte, die beiden sozialistischen Parteien wahrscheinlich auch mit eigenen Listen in den Wahlkampf ziehen werden. Das ist keine Gefahr, sofern der Wahlkampf gegenseitig unter völliger Einstellung persönlicher Geheißigkeiten und kleinlicher Rivalitäten geführt werden würde. Bleibt der Reichstag beisammen und funktioniert die Arbeitsgemeinschaft, sind Treue Kameradschaft ihr Bindeglied, dann wird sich die organisatorische Einigung ganz automatisch und zwangsläufig vollziehen. Nach jahrelangem gegenseitigem Kampfe müssen sich die Genossen in beiden Lagern erst wieder an gemeinsame, durch Treue und Vertrauen getragene Arbeit gewöhnen, ehe die organisatorische Vereinigung eine wirklich wertvolle und gute Tat zu werden vermag. Darum haben wir den Vereinigungsstürmern stets diese ruhige und nüchterne Betrachtung entgegen gehalten, die uns auch jetzt keinen Augenblick verlassen darf. Im beiderseitigen Interesse. Die Aufgabe ist jetzt, nichts zu tun, was den eingeleiteten Entwicklungsprozess stören könnte, den vermutlich die Bürgerlichen am stärksten zu fördern sich anschickten. Mit den Kommunisten in absehbarer Zeit zu irgend einer Gemeinschaft zu gelangen, halten wir für ausgeschlossen. Solange die Kommunisten auf die Gelder von Sowjet-Rußland angewiesen sind und sie annehmen, werden sie auch die Weisungen der Sowjetmacht haben folgen müssen. Und diese Macht haben haben kein Interesse an dem Zusammenbruch des deutschen Proletariats auf dem Boden der Sozialdemokratie. Ob sich unter besonderen lokalen Verhältnissen mit den Kommunisten ein erträglicheres Verhältnis im allgemeinen wie bei bestimmten Aktionen erzielen läßt, wird abzuwarten sein. Wir sind dazu bereit, wie wir auch zum Kampfe entschlossen sind, wenn er uns weiter angeht werden wird.

Der „Vorwärts“ bespricht am Samstag parteioffiziell die Bildung der Arbeitsgemeinschaft wie folgt:

„Der Gedanke, eine solche Arbeitsgemeinschaft zu gründen, war in den letzten Tagen in privaten Unterhaltungen im Reichstag wiederholt erörtert worden. Gestern nachmittags trat nun der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, der Fraktion der Unabhängigen den Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft offiziell zu unterbreiten. Dies geschah dann in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionsvorstände, die 2 Stunden später stattfand.“

Nach Schluß der Reichstagsfraktion traten die beiden Fraktionen wie gewöhnlich zu getrennten Sitzungen zusammen, in denen der Vorschlag des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes erörtert wurde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sprach nach ganz kurzer Debatte beinahe einstimmig ihre Zustimmung zu dem Vorschlag aus. Etwas später, als die sozialdemokratische Fraktion bereits auseinander gegangen war, kam von den Unabhängigen die Mitteilung, daß auch sie dem Vorschlag mit sehr großer Mehrheit beigetreten seien. Ueber die Ausführung dieses Beschlusses werden sich nun die beiden Fraktionsvorstände im Laufe des heutigen Tages ins Benehmen setzen.

Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist es, zwischen den beiden Fraktionen das Maximum der möglichen Einigkeit zu verwirklichen. Die Selbständigkeit der Fraktionen und der hinter ihnen stehenden Organisationen besteht dabei noch weiter fort. Theoretisch bleibt sogar die Möglichkeit offen, die hoffentlich nicht eintreten wird, daß die eben geschlossene Verbindung wieder gelöst wird. Alle Wahrscheinlichkeit spricht jedoch für die erfreulichere Annahme, daß mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Weg zur dauernden Einigung betreten wird und daß er nicht wieder verlassen werden wird.

Regierung und Reichstag haben in Zukunft also nicht mehr nur mit einer SPD- und einer UZR-Fraktion, sondern mit einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen zu rechnen. Es braucht kaum näher ausgeführt zu werden, daß damit eine bedeutsame Änderung der gesamten innerpolitischen Verhältnisse vollzogen ist. Die Arbeitsgemeinschaft dürfte immer mehr bei den schwebenden politischen Entscheidungen als eine Einheit im Berathen und Handeln in Erscheinung treten.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben durch ihren Zusammenstoß zur Arbeitsgemeinschaft eine Tat vollbracht, die von geschichtlicher Bedeutung ist und die bei den Massen des werktätigen Volkes freudigste Zustimmung finden wird. Möge in Zukunft für beide von einander getrennte, jetzt wieder zusammenstrebende Flügel der alten deutschen Sozialdemokratie die Parole gelten: Vereint marschieren, vereint schlagen!



# Die Antwort des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hummel auf den „Offenen Brief“

Der Staatspräsident.  
Karlsruhe, 10. Juli 1922.  
An den Reichstagsabgeordneten Georg Schöpplin  
Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Reichstagsabgeordneter!  
Obwohl ich, wie Sie sicherlich schon bemerkt haben werden, auf Angriffe und Anfragen in der Presse mich im allgemeinen einer großen Zurückhaltung befleißige, weil ich bei gewissenhafter Abwägung des möglichen Erfolges einer Erwiderung zur Überzeugung gelangt bin, daß ich meine Kräfte nicht zweckmäßig verwenden kann, als wenn ich sie in Entgegnungen anlege, ist mir gerade Ihre Unterzeichnung Anlaß, von meiner Haltung abzuweichen. Da ich weiß, daß Sie als überlegter und maßvoller Politiker nicht ohne genügenden subjektiven Anlaß sich unter dem 20. Juni in einem offenen Brief an mich gewandt haben werden, glaube ich mich auch zu der Hoffnung berechtigt, daß Sie meine ebenso überlegte und maßvolle Antwort richtig würdigen werden.

Ihre Schreiben befaßt sich mit der Lage an unseren 3 Landeshochschulen, und Sie haben die Sorge, daß der Geist, „der sich bei einem Teil der Studierenden und leider auch bei einem Teil der Lehrkräfte gelegentlich betätigt, unerträglich zu werden beginnt und erhebliche Gefahren in sich birgt“. In diesem Zusammenhang betrachten Sie eine gewisse Gruppe von studentischen Verbindungen als Vereinigungen, die der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni zuwiderlaufen, und Sie erklaren sich nach den von mir geplanten Maßnahmen. Es drängt mich, demgegenüber die wirkliche Lage an unseren Landeshochschulen zu prüfen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob ich meiner Pflicht nicht in vollem Umfang genüge. Ich will in diesem Zusammenhang die Beschänge des Falles Mathematisches Institut gegen Studierende, die gelegentlich abgelehnt haben. Drei Disziplinarverfahren gegen Studierende, die aus diesem Falle erwachsen sind, sind zum Gegenstand parlamentarischer Kritik gemacht und werden von mir zur Zeit einer genaueren Prüfung unterzogen. Trotzdem ich nichts verheimlichen möchte, diese Fälle der Presse zur Kenntnis zu bringen, hat man nicht darauf verzichtet, ehe man überhaupt meine Entscheidung kennt, mit lebhaften Angriffen gegen mich fortzufahren, die mich indessen nicht abhalten werden, mit der ganzen Gewissenhaftigkeit und Mühe das geordnete Verfahren einzuhalten, das mir durch die Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben ist. Ich beschränke mich daher auf die Erörterung der Frage, ob die Entscheidungen, die gelegentlich der Ermordung Mathematisches Institut an unseren 3 Hochschulen herbeigeführt sind, Anlaß zu Ihren schweren Vorwürfen geben.

Ich stelle zu diesem Zweck zunächst fest, daß an der Universität Heidelberg ein Hochschulreformer gegen die Anordnung des Senats am Tage der Verlesung nachmittags 14 Studierende ihre Lehmanen an laufenden Versuchen im physikalischen Institut hat fortsetzen lassen. Diese Zuwiderhandlung gegen die behördliche Anordnung hat eine Demonstration zur Folge gehabt, in deren förmlichem Verlauf linksgerichtete Studenten in der irigen Meinung, dadurch die Staatsautorität zu schützen, eine erregte Menge gegen das Institut führten, die in das Institut eindrang. Der Professor, einer der bedeutendsten Mitglieder der Welt, mußte in Schußhaft genommen werden und wurde, von der Menge bedroht und beschimpft, zur weiteren Verwahrung durch die Strafen geführt. Ob seine zeitweilige Unterbringung im Gewerkschaftshaus nötig und berechtigt war, will ich hier nicht erörtern. Die Frage, ob der Professor und ob seine Gegner sich strafbar gemacht haben, wird zur Zeit im strafprozessualen Ermittlungsverfahren geprüft. Erst nach Abschluß dieses Verfahrens werde ich in geordneter Prüfung feststellen können, welche Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung obliegen. Bei Erörterung dieser Dinge darf ich aber nicht unerwähnt lassen, daß der Engere Senat der Universität Heidelberg als Vertreter der Gesamtheit der beschuldigten Hochschulreformer in einer öffentlichen Erklärung scharf getadelt und seine Beurteilung des Falles Mathematisches Institut in einer so ungewissenhaften Weise fundgebeht hat, wie es bisher noch von keiner deutschen Universität in ähnlichen Fällen geschehen ist. Der Allgemeine Studentenausschuß hat sich der Erklärung des Engeren Senats angeschlossen. Was der Senat der Universität nach Lage der Sache zur Wiederherstellung des Zustandes mehr hätte tun können, ist mir nicht ersichtlich. Ich kann also nur feststellen, daß die verantwortliche Hochschulbehörde in Heidelberg sich in jeder Weise korrekt verhalten hat, und daß ich keinen Anlaß finde, ihr in dem von Ihnen gewünschten Sinne etwas zu bemerken. Ich will damit nicht sagen, daß nicht einzelne Lehrer und Studierende der Universität sich auf einem anderen politischen Boden befinden als Sie und ich, daß nicht vielleicht auch scharfe Gegner unseres politischen Standpunktes sich unter Ihnen befinden, aber das ist ihr Staatsbürgerrecht, und unsere Aufgabe ist es zu verbinden, daß nicht noch mehr Hochschulreformer und Studierende zu Gegnern unserer politischen Auffassung werden.

An der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat eine Anzahl von Studierenden ein unwürdiges Schauspiel aufgeführt und geht der gerichtlichen Verurteilung entgegen. Nicht nur der Senat, sondern auch die gesamte Studentenschaft hat diese Studierenden in einer sehr ungewissenhaften Weise abgelehnt und sich zur Ermordung Mathematisches Institut ebenfalls ungewissenhaft ablehnd geäußert, daß ich sowohl von der Haltung des Senats als der Studentenschaft nur sagen kann, daß sie durchaus korrekt war, und daß billigerweise weiter nichts erwartet werden konnte, als daß die Verbindungen, denen die angeführten Studierenden angehören, die Beziehungen zu ihnen abbrechen, was auch geschehen ist. Die alten Herren der Verbindungen haben, wie inzwischen ja auch in der Presse bekannt geworden ist, lokale und befriedigende Erklärungen an die Regierung und den Landtag abgegeben, aus denen hervorgeht, daß es sehr schwer sein würde, an Hand dieser Erklärungen die Verbindungen als Vereinigungen im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni aufzulösen. Dagegen ist eine Reihe von Verbindungen der Technischen Hochschule mit Recht empört darüber, daß man trotz ihres Verhaltens die Gelegenheit der Demonstration am Verhandlungstage Mathematisches Institut dazu benutzte, die Schüler an ihren Verbindungsstätten gewaltsam zu entfernen.

An der Universität Freiburg hat sich gelegentlich der erwähnten Ereignisse überhaupt nichts zugetragen, was Anlaß zu einer Mäße in Ihrem Sinne geben könnte. Es wurden lediglich wider rechtsgerichteter Professoren durch Demonstrationen zertrümmert, weil man eine Beschädigung des Bildes von Professor Kantorowicz ohne weiteres den rechtsgerichteten Studierenden nicht in die Schuhe schieben, während die Lehren der Beschädigung nicht auf politischem, sondern auf erotischem Gebiet zu suchen sind, und die Beschädigung nicht von männlichen, sondern von weiblichen, bestimmt nicht von rechtsgerichteten Händen vorgenommen wurde. Daß der Senat der Universität Freiburg gegen Studierende und andere Hochschulangehörige, die verächtlich waren, an dieser Beschädigung teilgenommen zu haben, ein Ermittlungsverfahren eröffnete, war seine verfassungsmäßige Pflicht und Schlichte.

Ich habe damit das Material vorgebracht, was gelegentlich der Ermordung Mathematisches Institut an den drei Landeshochschulen aufgetreten ist. Ich komme auf Grund dieses Materials zu dem Schlusse, daß, soweit die verantwortlichen Behörden und die geordnete Verurteilung der Studentenschaft in Betracht kommen, sich ein absolut korrektes Verhalten ergibt. Ich bin aber auch der Überzeugung, daß der 1/2 oder 2/3 Jahren die Grundlagen zu einem so korrekten Verhalten hauptsächlich noch nicht überall vorliegen sind. Wenn ich daher auch durchaus nicht verkenne, daß die politischen Auffassungen sowohl eines Teils der Hochschulreformer als auch eines Teils der Studentenschaft in unserem Sinne sicherlich als oppositionell zu bezeichnen sind, so haben wir in Baden den Beweis geliefert, daß das Verhalten der Hochschulen als solcher dem Staat und der Verfassung gegenüber im Gegensatz zu Zuständen im übrigen Deutschland sich in einwandfreien und korrekten Bahnen bewegt.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Reichstagsabgeordneter, dagegen in der Lage sind, mir greifbares Material zu liefern, was begründeten Anlaß zu Ihren Vorwürfen gibt, so würde ich mich sehr genug und imstande fühlen, eventuelle Mängel abzustellen. Anders ist hinzuzufügen, daß mir gelegentlich der Besprechung der Ministerpräsidenten in Berlin die Mitteilung durch die verantwortlichen Stellen gemacht worden ist, daß Baden das einzige Land sei, in dem die Organisation C offenbar keinen Sitz habe, glaube ich im Zusammenhang mit dem andern zu dem Schlusse berechtigt zu sein, daß diese Entwicklung nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die badische Regierung in ihren politischen Maßnahmen auch den Unfreiheiten und Studierenden gegenüber sich nicht von augenblicklichen Erregungen, sondern durch zielbewusste Überlegung hat leiten lassen. Alle greifbaren Zuwiderhandlungen gegen bestehende Vorschriften werden von mir, soweit es zu meiner Zuständigkeit gehört, bestraft werden. Diese Bestrafungen wären aber auch erfolgt, ohne daß vor allem in zwei sozialdemokratischen Wählern, während ich in Berlin an den Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Republik teilnahm, meine Person fortwährend in der Verleumdung eines Reaktionsärs erschienen wäre. Ich bin zu unempfindlich gegenüber Presseangriffen, um sie bis ins Gebiet der Gemütsempfindung gelangen zu lassen. Doch aber die Staatsautorität, deren Gefährdung durch Angriffe von rechtsradikaler Seite von uns allen bedauert wird, durch die in nicht gerechtfertigten Verfahren des Staatspräsidenten als eines Reaktionsärs besprochen wird, möchte ich, rein verbandesgemäß, stark bezweifeln. Es scheint mir überhaupt ein verfehltes Verlangen zu sein, von den Unterrichtsverwaltungen allem zu verlangen, was in Deutschland bisher weder der Presse, noch den Politikern, noch den Justizverwaltungen, noch den allgemeinen Staatsverwaltungen gelungen ist, ihr gesamtes Personal und die zu ihrem Arbeitsgebiet gehörenden Verwaltungsstellen auf einen und demselben politischen Boden zu bringen, an und für sich wären die Ereignisse wie der Fall Mathematisches Institut dazu geeignet. Der Tod Mathematisches Institut war im Begriffe, eine ungeheure moralische Wirkung auf weite bürgerliche Schichten auszuüben. Ob aber die Erfolge bei den Demonstrationen und die Tatsache des Generalstreiks mit allen Reueerscheinungen nicht diese gesamte moralische Wirkung auslösen werden, scheint mir der Überlegung wert zu sein.

Indem ich mir aber trotz meiner Antwort an Sie immer wieder Mühe geben will zu überlegen, ob vielleicht doch zu Verzeihen in Ihrem Sinne Anlaß ist, glaube ich bei ungenügenden Beziehungen kein unbilliges Verlangen an Sie zu stellen, wenn ich Sie freundlichst eruche, einmal Ihrerseits die letzten Erwägungen anzustellen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung  
sehr ergebenst  
Hummel.

Der Abdruck des Antwortschreibens des Herrn Staatspräsidenten hat sich aus dem Grunde etwas verzögert, weil ich in Berlin zur Teilnahme an den Reichstagsberatungen weiste. Die in dem Schreiben mitgeteilten Einzelheiten werden sowohl in bürgerlichen wie in Arbeiterkreisen mit Interesse vernommen werden. Sie mildern zum Teil die Vorwürfe, aus denen heraus ich den „Offenen Brief“ geschrieben habe, der übrigens, wie leicht erkennbar, nicht zuletzt deshalb verfaßt worden ist, um den Herrn Staatspräsidenten zu einer öffentlichen Erwiderung zu veranlassen. Und der Herr Staatspräsident hat seine mir übrigens verständliche Absingung, auf alle Angriffe und Anfragen in der Presse zu antworten, wahrscheinlich nur deshalb im vorliegenden Falle überbunden, weil ihm die öffentliche Erörterung der von mir aufgeworfenen Fragen wertvoll erschien. Damit ist auch der von mir gewählte Weg des „Offenen Briefes“ durchaus gerechtfertigt.

Die allgemeine politische Haltung der badischen Regierung habe ich, in Wort und Schrift, schon öfters gebilligt und an der republikanischen Treue und Zuverlässigkeit der gegenwertigen Regierung noch nicht einen Augenblick gezweifelt. Und wenn, was mir momentan nicht gegenwärtig ist, in sozialdemokratischen Wählern der Herr Staatspräsident als „Reaktionär“ angesprochen worden sein sollte, so erscheint mir das unbillig und ungerecht. Ich stimme dem Herrn Staatspräsidenten durchaus darin zu, daß unbillige und ungerechte Angriffe und Behauptungen die Autorität der Regierung nicht zu stärken geeignet sind. Wir eheilig an der Verfestigung der republikanischen Staatsform interessiert, haben alle Ursache, die Regierung und ihre einzelnen Mitglieder nicht zu ungeschäftigen Angriffen zu bedenten, vielmehr ihre Helfer und Mitkämpfer zu sein, sofern wir von der republikanischen Treue und Zuverlässigkeit überzeugt sind. Und für diese Treue hat die badische Regierung Veweisse geliefert, wie es in Berlin der demokratischen Kreise wohl die allgemeine Meinung ist, daß man in dem Lande Baden und mit der badischen Regierung wirklich gute republikanische und Reichspolitiker machen kann.

Im übrigen: daß in den Amtszimmern des Kultusministeriums auch reaktionäre Geister — oder vielleicht nur Geister — geschäftig herumhüpfen, behaupten weit Ambigere als ich es bin, und die man wirklich nicht als Geistesrunder anprechen darf. Und wie wohl jeder Minister des Reichs und der Einzelstaaten in seinem Amte eine mehr oder minder große Zahl solcher reaktionärer Inventarstücke vorgefunden hat, mit denen er sich demweil abfinden muß, so sicher auch der badische Staatspräsident als Kultusminister. Da Schulbürokraten erfahrungsgemäß eine verdammt zähe Besetzung sind, die außerdem die Akten zusammenhäufen, kann sich natürlich unter dem einmal gegebenen Verhältnissen auch der energischste Minister nur in systematischem Kampfe durchsetzen. Dieser Kampf

bleibt aber weder der Republik noch ihren Staatsmännern erspart.

Die in dem Schreiben des Herrn Staatspräsidenten mit empfohlenen „letzten Erwägungen“ habe ich, wie Figura zeigt, ange stellt und ich darf wohl, ohne unbedeutend zu sein, behaupten, diese „letzten Erwägungen“ waren stets mitbestimmend bei meiner politischen und publizistischen Tätigkeit. Daß aber über die Wege, die Mittel und das Tempo, die bei der Durchbringung unseres Staatswesens im Sinne des demokratischen und freirechtlichen Ausbaues einzuschlagen sind, zwischen der Regierung, die eine Koalitionsregierung mit bürgerlicher Mehrheit ist, und uns Sozialdemokraten Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist verständlich. Und wie glauben der Stärkung der Staatsgewalt erheblich zu dienen, wenn wir öfters ein bißchen lebhaft drängen, viellecht lebhafter, als den Vertretern der bürgerlichen Anschauung manchmal lieb ist. Es wird immer wieder vor kommen, daß Weggenossen, die sonst kameradschaftlich miteinander einem vereinbarten Ziele zuzumarschieren, über das einzuschlagende Tempo verschiedener Meinung werden. Ich will bestimmt keine schädliche Lieberfürgung, mich machen auch rechts- und linkschweifende Erscheinungen und Unternehmungen nicht gleich nervös, aber gelegentlich ein paar aufmunternde Zurufe an die Weggenossen, besonders wenn sie an der Spitze sich befinden, scheinen mir von Nutzen zu sein.

Für das ausführliche und liebenswürdige Antwortschreiben danke ich dem Herrn Staatspräsidenten ergebenst.  
Georg Schöpplin.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Juli.

In allen drei Lesungen angenommen wird das Gesetz über die Ersatzpflicht für die beschädigten Reichsbanknoten, das Gesetz über die Metallreserve der Privatnotenbanken und der Antrag der Koalitionsparteien, wonach die Zuständigkeit der Wahlrechts- und Armenpflege vom Reichsministerium des Innern auf das Reichsarbeitsministerium übergeht. Das Reichsstrafgesetzbuch wird dem Reichsausschuß überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Der Ausschuß hat die Vorlage verabschiedet, u. a. durch einen neuen Absatz, der es den Beamten unterlagt, in der Öffentlichkeit über die aufreigende Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind. Der Ausschuß fordert ferner in zwei Reichsbeschlüssen, die Personalreferate in allen Zweigen der Reichsverwaltung nur solchen Republikanern zu übertragen, die sachkundig und zuverlässig republikanische Propaganda betreiben.

Abg. Schulze (D.D.): Die Vorlage ist zu weitgehend und verstoßt gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten. Ohne die Pflichterfüllung der höheren Beamten wäre am 9. November die Aufrechterhaltung des Reiches nicht möglich gewesen. (Widerpruch links.) Die Beamten sollen mundtot gemacht werden.

Abg. Dr. Höffe (Str.): Die politische Meinungsfreiheit der Beamten wird durch die Ausschussfassung nicht unterdrückt. Aber die Beamten müssen in der Propaganda einer der geltenden Staatsform gegenüber die Aufgabe der Republik anerkennen. Die mit dem Gesetz aufzulegenden als jeder andere Staatsbürger. Die mit dem Gesetz betrauten Beamten müssen zuverlässig republikanisch sein. Durch die Annahme der Vorlage legt sich das Zentrum für die kommende Revision des Beamtengesetzes keineswegs fest.

Abg. Dr. Schulz (D.D.): Das ganze Gesetz ist überflüssig. Das bestehende Beamtengesetz gibt der Regierung alle Möglichkeiten, die notwendige Disziplin in der Beamtenschaft aufrecht zu erhalten. Deutschland soll die freieste Republik der Welt sein! Wir fragen: Wohin bist du entschlossen? Die Ausschussfassung bedeutet eine teilweise Verfassungsänderung, die wir ablehnen.

Reichsminister des Innern Dr. Müller: Das Gesetz reicht nicht entfernt an die Maßnahmen der alten Regierung heran. Aber die republikanischen Beamten dürfen im Dienst nicht gegen die Republik arbeiten. Das Gesetz ist eine klare Interpretation dessen, was das Reichsdisziplinargericht als Pflicht der Beamten feststellt. Die Beamten selbst werden die politische Notwendigkeit des Gesetzes einsehen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Levi (M.D.): Das Gesetz legt nur ausdrücklich die Pflichten fest, die jeder Beamte aus Grund seiner Beamtenstellung dem Staat gegenüber zu erfüllen hat. Am 9. November ber sind die monarchistischen höheren Beamten auf den Boden der republikanischen Nation getreten und haben von da ab nur die republikanische Nation getreten und haben von da ab nur die republikanische Nation getreten und haben von da ab nur die republikanische Nation getreten.

Abg. Dr. Baezel (Dem.): Das Gesetz richtet sich nicht gegen die Beamten, die in der Mehrheit Republikaner sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichterfüllung. Einzelne Beamte haben in ihrer monarchistischen Bestimmung eine Haltung eingenommen, die mit dem Staatswohl nicht verträglich ist. Die Notwendigkeit der Staatsstrafe gilt für die Republik wie für die Monarchie. Die Vorlage ist im besten Sinne ein staatsverhaltendes Gesetz. Im alten System wurde die Bestimmungsfreiheit der Beamten wirklich gefehelt. (Sehr richtig!) Den Ausschussbeschlüssen stimmen wir zu.

Abg. Deermann (Wahr. W.): protestiert gegen die Beamtenverbände zu der Vorlage nicht gehört worden seien. Nur der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist mit dem Gesetz einverstanden, welches die wahlrechtlichen Rechte der Beamten und die Verfassung verletzt.

Abg. Steinbock (Soz.) widerspricht dem. Noch heute werden republikanische Beamte von monarchistisch gesinnten Vorgesetzten in der schlimmsten Weise verfolgt. Neben will die Wiederherstellung des in der Regierungsvorlage vorgesehene Disziplinarrechts.

Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf geht nicht weit genug. Die reaktionären Beamten müssen doch wirklich durch zuverlässige Republikaner ersetzt werden.

In der Einzelberatung wird im § 10a aus dem neuen Absatz des Ausschusses auf Antrag des Zentrums die Bestimmung getroffen, daß die Reichsbeamten auch die Verächtlichmachung einer früheren republikanischen demokratischen Regierung verboten ist. — Im übrigen werden die Ausschussbeschlüsse angenommen, ebenso mit schwacher Mehrheit die Entschiedenheit des Ausschusses.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Nach den Ausschussbeschlüssen wird der 10prozentige Steuerfuß auf ein Jahreseinkommen bis 100 000 M. ausgedehnt. Den Gehalts- und Lohnempfängern werden abgerechnet monatlich 20 M. für Mann und Frau, 80 M. für jedes Kind und 90 M. Werbelohnen.

In der Aussprache übert der thüringische Finanzminister Hartmann starke Bedenken gegen die Vorlage. Nach der Meinung der Länder gebe es weit dringendere Steuervorlagen. Vor allem müßten den notleidenden Ländern und Gemeindefreue Steuerquellen geöffnet werden. So weitgehende Steuer



Kleine badische Chronik

Freiburg, 16. Juli. Schwere Autounfall. Auf der Schanzenstraße ereignete sich gestern nachmittags beim Kilometerstein 7 ein schwerer Kraftwagenunfall. Auf der Fahrt nach Winterthal fuhr ein Kraftwagen der Badischen Kraftverkehrs-Gesellschaft bergab. Neben dem Chauffeur saßen noch ein Mann und zwei Frauen, die der Wagenführer unterwegs mitgenommen hatte. Der Wagen selbst war mit Kisten und Pappkartons beladen. Auf ihnen saß ein 72jähriger Herrscher von Freiburg, der gleichfalls auf dem Wege von Winterthal auf seine Bitten vom Wagenführer mitgenommen worden war. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache, vermutlich infolge Versagens der Steuerung, kam der Wagen ins Rutschen. Der durch die Regengüsse der letzten Tage aufgeweichte Untergrund soll nachgegeben und den Wagen zum Abrutschen gebracht haben. Beim Abfallen wurde der Wagen von einem großen Baumstamm aufgehalten. Während der Kraftwagenführer und die bei ihm sitzenden drei Personen, bis auf den einen Mann, der eine ganz unbedeutende Verletzung erlitt, mit dem Schwere davonkamen, wurde der auf den Kisten sitzende 72jährige Mann durch den Sturz herabgeschleudert. Einige ihm nachrollende Kisten zerquetschten ihm die Brust, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Eine von Freiburg aus entsandte gerichtliche Kommission nahm an Ort und Stelle die erforderlichen Ermittlungen vor.

Willingen, 16. Juli. Raubmordverbrechen. Am 13. d. Mts. wurde auf der Straße im Walde zwischen Schwenningen und Daudingen ein junges Mädchen namens Link von einem etwa 30jährigen, mittelgroßen schlanken Manne überfallen und durch einen Stich in den Rücken erschwerlich verletzt. Die Hüftknochen des Mädchens riefen Arbeiter herbei, darauf der Tagedieb unter Zurücklassung seiner Schuhe flüchten mußte.

St. Gallen, 16. Juli. Mathenau-Straße. Der Gemeinderat hat dem Antrage der Sozialdemokraten entsprechend beschloffen, die Kaiserstraße in Walter Mathenau-Straße und die Friedrichstraße in Erbacher-Straße umzunennen. (In Karlsruhe und anderorts zur Nachahmung empfohlen. Die Red.)

Don der Schweizerischen Grenze. Nord. In Braunau (St. Gallen) ertranken die beiden Gendarmenbeamten Garfal und Stangel zwei Einbrecher auf der Tret und verfolgten sie auf ihren Rädern. Sie trennten sich dann aber, damit jeder von ihnen eine Spur verfolgen könne. Garfal war einem der beiden Verbrecher bald auf den Fersen, als dieser plötzlich sich umdrehte und auf den Beamten einen Schlag ausübte, der Garfal in den Unterleib traf. Er starb, ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte. Der Mörder entkam.

Schon seit Wochen hatte er geistlichen Zuspruch verlangt und erhalten. Berlin. Von amtlicher Seite wird berichtet, daß die französische Regierung den Wunsch geäußert hat, sämtliche in Deutschland ruhenden Leichen französischer Soldaten und Zivilisten nach Frankreich zu überführen. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Selbstverständlich wird die deutsche Regierung den Wünschen der französischen Regierung Rechnung tragen.

Berlin. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Hamburg: Fünf Zollbeamte wurden hier als Güterräuber verhaftet. Sie werden beschuldigt, gemeinsam mit anderen Zollbeamten den Güterwagen einer hiesigen Firma betraubt zu haben. Die Verhaftung der Zollbeamten wurde am 14. d. Mts. in der Orts-Prämisse der Oberlandjäger Katschki erschossen. Als Täter kommen die beiden verhafteten Brüder Broß in Betracht, die in dem in der Nähe liegenden Wäldchen ein Bett ausgestellt hatten und von Landjägern für die Mörder des Mannes gehalten wurden. Das benachrichtigte Polizeibüro in Brambauer ersandte sofort den Oberlandjäger Katschki, um die erforderlichen Feststellungen zu machen. Als dieser bei dem Bett anlangte wurde er erschossen. Die beiden Täter sind flüchtig.

Genf. Ein großer Brand vernichtete heute nacht einen Teil einer großen Weiderei. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Nahezu 1500 Arbeiter müssen feiern. Zwei Nachtwächter sind verunglückt. Man nimmt an, daß sie in den Klammern umgekommen sind.

Paris. Ein von Montfaucon kommender Zug ist heute abend infolge Bruches der Kupplung kurz vor dem Bahnhof entgleist. Es wurden zwei Personen als getötet und etwa 50 als verletzt gemeldet.

Paris. Der wegen des Anschlages auf den Präsidenten der Republik verhaftete Kommunist Guiseppe Bauer erklärte bei seiner Vernehmung, seine Demonstration habe der Lage gegolten, nach der neuerlich vom Kriege gesprochen werde. Bisher in der Geschichte der anarchistischen Wochenschrift La Jeunesse anarchistisch und 2 Mal wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam verurteilt.

Letzte Nachrichten

Die Verhandlungen in Berlin

Berlin, 16. Juni. Der Reichspräsident hat im Laufe des gestrigen Tages die Führer der Mehrheitspartei, des Zentrums und der Demokraten sowie der Unabhängigen empfangen. Am Abend fand eine gemeinsame Versprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichspräsidenten statt. Ueber die Bildung der Arbeitsgemeinschaft verhandelt in der Reichspräsidentenkonferenz, daß die Arbeitsgemeinschaft zunächst parlamentarischen Charakter haben soll, während über ein gemeinsames Vorgehen im Einzelfalle verhandelt. Eine Vereinbarung

über bestimmte Programmpunkte erfolgte noch nicht. Beide Fraktionen werden in den Debatten des Reichstags durch ihre eigenen Redner vertreten sein. Als Hauptredner der Unabhängigen wird die Aufnahme von Vertretern der Unabhängigen in das Kabinett bezeichnet. Das Zentrum und die Demokraten halten demgegenüber an der Auffassung fest, daß die Aufnahme der Unabhängigen für sie nur dann möglich wäre, wenn zugleich die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt.

Die „Montagspost“ berichtet über die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbilde der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien zu bilden. Sie bildete am Sonntag den Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Herz, dem Reichspräsidenten der Deutschen Volkspartei Stresemann und den Demokratenführern Peterzen und Koch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war positiv. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft wird nunmehr in den Fraktionsberatungen dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden.

Briefkasten der Redaktion

Bräulein aus der Wurstfabrik G. Mit Einfindungen ohne Namensunterstützung können wir nicht anfangen. Im übrigen: Wer in einem Geschäft arbeitet, hat nur Unorgantisierte einzustellen, braucht sich über die schlechte Entlohnung nicht zu beklagen, so bedauerlich die Sache an und für sich ist.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger

Wils zu 4 Stellen. Vereinsanzeiger. Bei 5 und mehr Stellen 20. - die Stelle. (Bereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.) Ortsauskunft Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Am Donnerstag, 20. Juli, abends 7 Uhr, im Saale des „Roten Kreuzes“, Siebenantstraße 74: Vertreterversammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Vortrag: „Die Bodenreform“, Referent Herr Stadtrat Braun; 3. Bericht von der Landesversammlung Freiburg; 4. Kassenbericht vom 2. Quartal. (Arbeiter-Sportklub.) Morgen Dienstag, 7 Uhr: Ausschussbesprechung; 8 Uhr: Kartellversammlung. Unbedingtes Erscheinen aller dringend notwendig. 4411 Karlsruhe. (Arbeiter-Abteilungsband.) Heute Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Bürgerstr. 22: Versammlung mit Vortrag. 4409

WELT-KINO, Kaiserstr. 133. Edle Polo 1. Teil. Heute letzter Tag! Edle Polo Der geheimnisvolle Dolch. Ab morgen Dienstag: Edle Polo. II. Teil.

Steinstrasse 6. Damen Taschen sowie Geldscheln, Brief- und Altkn-Taschen in grosser Auswahl zu enorm billigen Preisen. Kaufmanns Etagegeschäft für Offenbacher Lederwaren 6, II. Steinstrasse 6, II.

Das ganze Jahr hindurch. Wiederherstellung aller beschädigten Puppen u. Anfertigung von Puppenporzellan aus mitgebrachten Haaren. Verkauf Puppen u. Puppenartikel. Erste Karlsruher Puppen-Klinik H. BIELEB. 223 Kaiserstr. 223

Table with 3 columns: Steuerabzug betr., monatlich, jährlich. Rows include: 1. In der Stadt Karlsruhe, 2. In den Landgemeinden d. Amtsbezirks Karlsruhe, 3. In der Stadt Karlsruhe, 4. In den Landgemeinden d. Amtsbezirks Karlsruhe.

Stadt-Konzert-Haus. Leitung: Direktor Adalbert Steffter. Heute Montag abends 7 1/2 Uhr. Vorstellung für Verein „Volksbühne“ O 1. Das Glücksmädel. Morgen Dienstag und tags abends 7 1/2 Uhr Apachen. Fahrrad-Gebirgs-Mäntel. Erg. Damen-Stiefel... von Mk 195 an. Eleg. Halb-u. Spangenschuhe v. Mk 195 an. Herren-Stiefel... von Mk 330 an. Kinderstiefel aller Art. Blauleinen-Anzüge, Hosen, Joppen zu sehr billigen Preisen. L. Brand.

Bad. Rote Kreuz-Geld-Lotterie. 37000 20000. Lose 2.00 M., Paris 2.00 M. extra 2.00 M. Lotterieloseverkauf. J. Stürmer. Mannheim, O 7, 11 und alle Lotteriekassen.

Lebensbedürfnis-Verein. Karlsruhe. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir den von der Generalversammlung beschlossenen Spartassenbetrieb nunmehr vollständig eingerichtet haben. Wir empfehlen den verehrlichen Mitgliedern, hiervon sogleich Gebrauch zu machen, alles Nähere ist an unserer Kasse Moonstraße 28 und bei sämtlichen Verkaufsstellen zu erfahren; Einzahlungen können außer an der Kasse auch in den Läden geleistet werden. Sodann weisen wir darauf hin, daß in der gleichen Generalversammlung noch beschlossen wurde, die

Schuhwaren. aller Art (Gelegenheitskäufe) offeriert billigst. An- und Verkaufsgeschäft Grotzer, Zähringerstrasse 53 a. Möbel geb. samt jederzeit Krämer, Kaiserstraße 69.

Lebensbedürfnis-Verein. Karlsruhe. Diejenigen Mitglieder, die bereits Spar-Einlagen bei und eingezahlt haben, können nunmehr die fertigen gestellt. Einlagebücher an unserer Kasse Moonstraße 28 während der üblichen Geschäftszeit gegen Rückgabe der in ihrem Besitz befindlichen Sparscheinbücher in Empfang nehmen. 4406

Kleinverkaufspreise für Obst u. Gemüse. An demselben mit der städt. Preisprüfungsstelle Karlsruhe wurden in der Zeit vom 18. Juli ab folgende Richtpreise festgelegt: Gemüse: Bohnen, grüne... 500; Stangenbohnen... 600; Einmachgurken... 700; Erbsen... 800; Karotten... 400; Kohlrabi... 350; Knoblauch... 150; Mangold... 250; Pilze... 600; Zucchini... 80; Radieschen... 100; Rote Rüben... 200; Spinat... 250; Zwiebeln... 300; Kartoffeln... 500.

Lebensbedürfnis-Verein. Karlsruhe. Da die Beschaffung von Kartoffeln im Herbst voraussichtlich sehr erhebliche Geldbeträge in Anspruch nehmen wird, halten wir es für notwendig, unseren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich die Beschaffung derselben durch Anlage einer Kartoffel-Reserve zu erleichtern. Wir empfehlen daher, jetzt schon mit Anzahlungen auf Winter-Kartoffeln zu beginnen, die an unserer Kasse Moonstraße 28 gegen Einzahlung entgegengenommen und bei der Kartoffelbelieferung verrechnet werden. Der Vorstand.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 10. Telefon 3701.

Daniels Konfektionshaus. Karlsruhe, Wilhelmstraße 24, 1. Tr. Alpocamäntel für starke Kostümröcke für Frauen. Da keine Ladenspesen besonders billige Preise.

Allgem. Drischraukenhaffes Bruchjal. Die Erhöhung der Versicherungsprämie betr. Alle bisher wegen einem Einkommen von über 40000 M. pro Jahr von der Krankenversicherung befreiten und ausgeschlossenen Personen sind nach dem vom Reichstag unter dem 9. Juni 1922 beschlossenen Gesetz vom 7. Juli 1922 als versicherungspflichtig, sofern ihre Jahreserwerbseinkünfte den Betrag von 72000 M. nicht übersteigen. Es ergeht daher an die Herren Arbeitgeber die Aufforderung, die in Betracht kommenden Personen bis spätestens 21. Juli 1922 zu dieserseitigen Kasse anzumelden, bei der auch in Ausnahmefällen jede gewünschte Auskunft erteilt wird. Bruchjal, den 15. Juli 1922. Der Kassenvorstand: H. Schmalz, Schäfer.

Mehrere tüchtige Automaten- und Revolverdreher für Präzisionsarbeiten sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an Benz & Cie., A.-G., Mannheim

Durlacher Anzeigen. Mildversorgung. Wir haben zur Verbesserung der Mildversorgung in hiesiger Stadt einen Anschlag zur Einlösung von Waarenmild aus der Schweiz getätigt und haben zunächst mit einer geringeren Menge einen Anfang gemacht. Die Mild-Lieferung an die Händler zur Ausgab

Herstellung der Nebenstraße zwischen Müppurer- und Marienstraße betreffend.

Aufgrund des § 22 des Ortsstraßengesetzes und § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstraßengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

Die Eigentümer der an die Nebenstraße zwischen Müppurer- und Marienstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die allgemeinen Grundzüge über den Verlauf der Eigentümer der Grundstücke zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßengesetzes (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1908) Anwendung.

Der Kostenboranschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen und die Beitragshöfe zu ersehen sind, nach Zeichnung des Straßenplanes mit der Größe der anliegenden Grundstücke sowie der Größe der anliegenden Grundstücke über ein Verzeichnis der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten liegen bis zum 21. Juli 1922 auf der Stangelei des städtischen Tiefbauamts, Rathaus 3. Stock, Zimmer Nr. 100, zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausfertigung bis zum 28. Juli anher geltend zu machen.

Der Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

# Monopol - Trinkbranntweine

Gut Preiswert Rein

Leere Monopol-Flaschen

wenn unbeschädigt und nicht verunreinigt, werden jetzt zu **7 Mark** von den Verkaufsstellen zurückgekauft

Großvertrieb für Bezirk Mittelbaden:  
Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft m. b. H. K'ruhe

Fernruf Nr. 90  
" " 340  
" " 5586

Heinrich Baer & Söhne  
Max Homburger  
B. Odenheimer

## Gesucht

für hier und auswärts mehrere

Bau- und Erdbauer, Maurer, 2 Zementmaler (für Eisenbetondecken), Gipser, Zimmerleute (2 für Eisenbetondecken), Dachdecker, Maler und Lackierer für Wagen und Auto, Glaser, selbständige Tischlermeister, Holz-Drechsler und Bildhauer, Fliesenarbeiter - Ausfuhrer, Fleischer, Kupfer- und Eisenarbeiter, Schneider und Schuhmacher für Maßarbeit, jüngere Metzger, 1 jüngerer Müller, Friseur.

Ferner

1839

## Lehrlinge

Gärtner, Glasbläser, Goldschmiede, Haf- und Wagenmacher, Blech- und Schmiedeleute, Wagner, Feilenhauer, Uhrmacher, Friseur, Buchbinder, Sattler, Möbeltapezierer, Holzschnitzer, Goldschmied, Bildhauer, Räder, Goldvergoldeter, Korbmacher, Maler, Zulfarner, Feinmechaniker, Räder, Sandstricker, Metzger, Herren- und Damen Schneider, Schuhmacher, Friseur, Zimmerleute, Maler und Anstreicher, Zimmermeister, Lackierer, Glaser, Hafner, Dachdecker, Schriftsetzer, Fotografen, Chemiker, Schreiner, Köche, Kellerer, Fachtechniker, Kaufleute mit guter Schulbildung.

## Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe

Jägerstraße 100.

## Ungeziefer Automobilmechaniker

Staschen kauf!

1/2 l. Weinflaschen 5.-  
3 l. Weinflaschen 3.-  
1 l. Weinflaschen 1.80 M.

sowie jede andere Sorte, auch kleines Quantum wird abgeholt. Offerten unter Nr. 4379 an das Volksfreundbüro erbeten.

U.-V.-A.-Fr. Springer  
Markgrafenstr. 52  
Telephon 3263.

Automobilhaus P. Gerhardt,  
Analienstraße 57.

## Karlsruhe

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügen

## Hotel Nassauer Hof

am alten Bahnhof, Kriegsstrasse 88  
Gut eingerichtetes Haus  
Besitzer: F. Odenheimer.

## Hotel Müller

Gut bürgerliches Weinrestaurant  
Kreuzstrasse 19  
Telephon 3550

## Markgräfler Hof

Telephon 1992, Durlacher  
Allee, Ecke Radolstrasse  
Bes.: Th. Zwecker.

## Restaurant Grünwald

Rüppurrerstrasse 2: Eigene Schlachtung: Gute  
Mittags- und Abendessen: Vorzügliche Weine und  
Schremp-Bier: Gr. u. kl. Säle. Ad. Köner.

## Restaurant Merkur

am alten Bahnhof, ff. Sinner- und Münchener  
Biere, Weine, Gute Küche. A. Weber.

## Zum Bratwurstglocke

am alten Bahnhof. Bekannt gute Küche u. Keller  
ff. Sinner Bier, Fremdenzu mor. Tel. 3.31. In u.

## Gasthaus zum Stephanent d

Karlsruhe-Beiertheim  
Anerkannt gute Küche und Keller.  
Gottfried Lucas  
Telephon Nr. 210  
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

## Färberei Printz A.-G.

Telephon 63. Karlsruhe  
Annahmestellen überall.

## Gebrüder Kugel, Rheinstr. 63

Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Herren-Artikel  
Gegr. 1867  
Teleph. 2758

## ADAM KEMPF

Weingroßhandlung  
Kaiserallee 21  
Telephon 2163

## Frz. Fischer & Co., Weingroßhandlg.

Wein und Trauben  
Steinstr. 29  
Import-Geschäft  
Teleph. 168

## Max Homburger, Weine und Spirituosen

Laden, Kaiserstraße 124.  
Telephon 840

## Junker & Ruh A.-G.

Junker & Ruh - Nähmaschinen  
Junker & Ruh - Dauerbrandöfen  
Junker & Ruh - Gasherde

## Maschinenbau-Gesellschaft

Karlsruhe  
Gegründet 1837.  
3000 Werksangehörige.  
Dampfmaschinen - Dampfessel  
Eis- und Kühlmaschinen.

## Oscar Sichtig & Co.

Maschinenfabrik: Ventilationsanlagen

## Maschinen-Fabrik Louis Nagel

Inh.: G. LANG  
Karlsruhe I. B.  
Tel. 382, Telegr. Maschinenfabrik Nagel

Personen- und Lasten-Anzüge  
Transmissionen - Exhaustoren  
Spänetransport- und Entstaubungs-  
Anlagen - Holztrocken-Anlagen  
Unterwindfeuerungen - Koksbröcher

## Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Teigwaren „Syndikatsfrei“

Scheurer & Co., Teigwarenfabrik, Karlsruhe u. Logelbach.

## Säcke Säcke Badische Lederwerke

aller Art, neu und gebraucht.  
Alfred Just & Walbinger, Karlsruhe  
Sommerstr. 30a (Oststadt), Tel. 268.

Karlsruhe-Mühlburg  
für Glase-, Chair- und Mocha-Leder.  
Spezialität: Mocha Veneziana.

## Erötzingen und Herrmann-Karlsruhe

Herrmann	Erötzingen	W	F	W	F	W	F	W	F
Frauenab-Schießberg	ab 501	611	721	1121	1221	311	411	621	721
Marzell	ab 521	631	741	1131	1231	321	421	631	731
Spielberg-Schöllbrunn	ab 531	641	751	1141	1241	331	431	641	741
Etzenrot	ab 541	651	761	1151	1251	341	441	651	751

Erötzingen	Herrmann	W	F	W	F	W	F	W	F
Brötzingen Nebenb.	ab 501	611	721	1121	1221	311	411	621	721
Diellingen	ab 511	621	731	1131	1231	321	421	631	731
Itersbach	ab 521	631	741	1141	1241	331	431	641	741
Spielberg (Hp)	ab 531	641	751	1151	1251	341	441	651	751
Langensleinbach	ab 541	651	761	1161	1261	351	451	661	761
Reichenbach	ab 551	661	771	1171	1271	361	461	671	771

Busenbach	Spinnerei (Hp)	Ettingen Waldkol. (Hp)	Ettingen Holzhof	Karlsruhe Reichsstrasse an
ab 551	611	721	1121	1221
ab 561	621	731	1131	1231
ab 571	631	741	1141	1241
ab 581	641	751	1151	1251
ab 591	651	761	1161	1261

Wochentags, Sonn- und Feiertags  
Nach Bedarf: Erötzingen, Herrmann, Karlsruhe, Logelbach, Marzell, Spielberg, Etzenrot, Busenbach, Spinnerei, Ettingen, Holzhof, Karlsruhe Reichsstrasse an

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

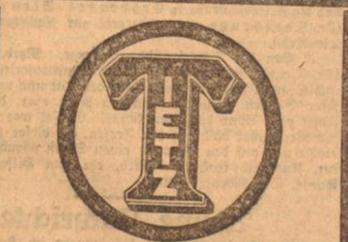
Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August

Wochentags, Sonn- und Feiertags

Verkehr von 18. Juni bis 27. August



## Vogel & Schnurmann

Karlsruhe.

## Leder-Handlung

R. Neureuther  
Marienstr. 58.

## Stimmen u. Reparaturen

erledigt prompt und billigst  
J. Kunz, Piano-Haus  
Karl Friedrich-Strasse 21 - Telefon 2718.

## Bruchsal

## Bruchsaler Gesellschaft

für Holzhandel und Holzbearbeitung  
G. m. b. H.  
Telefon: 20, 440, 463  
Telegramm: Gromer Bruchsal - Wiesentfels Bay.  
Sägewerke: Bruchsal - Karlsruhe-Hafen  
Wiesentfels (Bayern)  
Hart- und Weichhölzer aller Art.

## Gustav Bader

Fittings Fabrik.

## Ferd. Schrott & Co.

Möbelfabrik  
Dampfbetrieb mit Trockenanlage.  
Raphael Bär, Bruchsal  
Leder - Häute - Treibriemen  
Telephon 47  
Photo-Atelier Karl Ohler, Wöhlstr. 9, Tel. 158

## Joh. Breining

Kaiserstraße 61  
Telephon 117.  
Manufaktur- und Modwaren, Damenkonfektion.

## Deutsche

Eisenbahnsignalwerke  
Aktien-Gesellschaft.

## Peter Schwaderlapp & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus  
Schuhhaus  
Julius Wertheimer, Bruchsal  
Manufakturwaren mit Damenkonfektion  
Jakob A. Gross, Bruchsal  
stets neu ergänzte grosse Auswahl  
zu vortheilhaftesten Preisen

Reserviert

## Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- und Druck-Papiere  
Karlsruhe, Akademiestr. 5, Telefon 905.

## Max Schellberg & Co.

Aktiengesellschaft  
Schmiedestücke für alle Zwecke.

## EMIL KOMM

Inh.: Wilhelm Edemann  
Fabrik für Chirurgie - Mechanik.

Wir liefern:  
U. H. - Zündapparate  
U. H. - Zündkerzen  
U. H. - Lichtmaschinen  
U. H. - Selbstanlasser

## Unterberg & Helmle

Karlsruhe, Ritterstrasse 13-17.

## Th. & O. Hellig

Eisenbetonbau.

## Casimir Kast

Holzhandlung Sägewerke.  
Gernsbach.

Reserviert für Firma  
Heinr. Rausch, Sägewerke u. Holzhandlung  
Karlsruhe

## H. Fuchs Söhne

Karlsruhe  
Säge- und Hobelwerke, Holzhandlung.

## Max Strauss

Karlsruhe.

## L. Bienenstock

Luisenstr. 75  
Weiß- u. Kurzwaren en gros - Telefon 1234

## W. Heinert

Karlsruhe

## Adolf Pfeiffer

Karlsruhe  
Werkzeuge, Werkzeugmaschinen.

## C. J. Dürr

Adlestr. 20, Tel. 172  
gegründet 1819  
Großhandlung in Woll-, Baumwollgarnen und  
Kurzwaren.

## N. A. Adler

Schuh-Großhandlung  
(Gegründet 1880).

## Wormser & Co.

Lackfabrik - Parkettverleimung  
Schnurmann & Co.  
Degendstr. 4, Tel. 2005  
Därme und Gewürze  
kompl. Laden-, Wurst-  
küchen-Einrichtungen.

## Jos. Ehrhard

Holz- und Korbwaren  
Mühlburg, Rheinstr. 32

## Hermann Cohen

Rintheimerstrasse 8 - Telefon 5108  
Ankäufe: Alteisen, Metalle, Lumpen, Papier,  
Häute, Felle zu den höchsten Tagespreisen.